

Posener Zeitung.

Neunziger Jahrgang.

Nr. 280.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierzehnthalb für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Montag, 23. April.

1883.

Amtliches.

Berlin, 21. April. Der Kaiser hat den Kaufmann Stein in Madrid zum Konsul ernannt. Der König hat den seitigen Direktor des fiskalischen Steinkohlenbergwerks von der Heydt bei Saarbrücken, Berggrath v. Ammon, zum Ober-Berggrath ernannt, sowie dem ordentlichen Professor in der juristischen Fakultät der Universität Marburg, Dr. Nöstell, den Charakter als Geheimer Justizrat, und dem im Bureau des Herrenhauses angestellten Registratur und Kalkulator Grüger den Charakter als Kammerrat verliehen.

Der Privatdozent Dr. Sickel zu Göttingen ist zum außerordentlichen Professor in der juristischen Fakultät der dortigen Universität ernannt worden.

Versezt sind: der Amtsrichter Dies in Kuris als Landrichter an das Landgericht I. in Berlin und der Amtsrichter v. Gagern in Köln an das Amtsgericht in Castellaun. Dem Landgerichtsrath Börstinghaus in Essen ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension ertheilt. Der Amtsrichter Lange in Schippenbeil ist in Folge seiner Zulassung zur Rechtsanwaltkraft aus dem Amtsdienst entlassen. In der Liste der Rechtsanwälte ist gelöscht: der Rechtsanwalt Nitsch in Stargard i. P. bei dem Landgericht dafelbst. An die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: der Gerichtsassessor Obuch bei dem Amtsgericht in Lauenburg i. P., der Gerichtsassessor Ansat bei dem Amtsgericht in Heinrichswalde, der Gerichtsassessor Samuelsohn bei dem Landgericht in Königsberg, der Gerichtsassessor Hesse bei dem Amtsgericht in Woldenberg und bei dem Landgericht in Landsberg a. W., der Gerichtsassessor Winfelmann bei der Kammer für Handelsachen in Bremen, der Rechtsanwalt Lange aus Freiburg i. Sch. bei dem Landgericht in Glaz, der Gerichtsassessor Hörens bei dem Amtsgericht in Hoyerswerda, der Gerichtsassessor Bastian bei dem Amtsgericht in Rees und der Gerichtsassessor Pahlke bei dem Landgericht in Bonn. Der Rechtsanwalt und Notar Ritsch in Stargard i. P. hat das Notariat niedergelegt. Der Landgerichtsrath Thalheim in Oels, der Amtsgerichtsrath Websarg in Hochheim, der Amtsrichter Wichmann in Plettenberg und der Rechtsanwalt und Notar Feldhaus in Köslin sind gestorben.

Dem Ober-Berggrath v. Ammon ist vom 1. Mai d. J. ab die Stelle eines technischen Mitgliedes bei dem Ober-Bergamt zu Breslau übertragen worden.

Deutscher Reichstag.

69. Sitzung.

Berlin, 21. April. Am Tische des Bundesraths: Scholz, Burckhardt und mehrere Kommissarien.

Präsident von Levetzow eröffnet die Sitzung um 11½ Uhr.

Tagesordnung:

I. Zweite Berathung der Übersichten der Ausgaben und Einnahmen des Deutschen Reiches für das Etatjahr 1881/82 auf Grund des Berichts der Rechnungskommission.

Abg. Büttnermann bringt zur Sprache, daß die für die Unterhaltung des Dienstgebäude des Reichstags im Etat ausgeworfenen 20,000 M. um 10,331 M. überschritten worden sind. Es werde sich empfehlen, die Baubeamten anzumeisen, sich künftig mehr an den Anschlag zu halten, für größere Reparaturen aber die Genehmigung des Reichstages einzuholen.

Geb. Rath Aschenborn erwidert, daß es unmöglich sei, die erforderlichen Anschläge in jedem Jahre im Voraus aufzustellen. Es sei deshalb eine Etatsüberschreitung in einzelnen Jahren gar nicht zu vermeiden.

Abg. Dr. Reichenberger (Köln) kann einen Vortheil in der vorherigen Veranschlagung für die Reichskasse nicht erkennen; die Folge würde sein, daß die Voranschläge möglichst hoch festgestellt, und die Bauten dann unter dem Kostenanschlage ausgeführt werden. Man müsse auf eine solide Bauausführung Bedacht nehmen, die gesichert werden könne durch Kautionsbestellung oder Festsetzung von Konventionalstrafen.

Abg. Wünch ist ebenfalls der Meinung, daß eine strengere Kontrolle bei der Bauausführung eintreten müsse, um die zahlreichen Reparaturen zu vermeiden. Das Haus beschließt dem Antrage der Kommission gemäß Deckgefeuertheilung.

II. Zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter.

Die Debatte über die §§ 1, 1a, 2 und 3 wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Hirsch erblickt in der Vorlage eine Verleugnung des Prinzips der Gerechtigkeit, des allgemeinen Staatsbürgerrights, denn sie will den Zwang nicht für alle Klassen gleichmäßig, sondern nur für die Arbeiter einführen. Das Gesetz sei zwar kein sozialistisches, das ergebe sich am besten aus der Rede des Abg. Grillovberger, aber was man mit demselben erreichen wolle, werde nicht erreicht werden. Man wolle die Arbeiter aussöhnen mit der bestehenden Gesellschaft, man wolle zur Hebung des Arbeitersstandes mit dieser Gesetzgebung beitragen, man wolle die Arbeiter befriedigen und werde sicherlich das Gegentheil damit erreichen. Das Gesetz sei eine wesentliche Verschlechterung des Hilfskassen Gesetzes vom Jahre 1876. Es wäre richtiger gewesen, an das freie Hilfskassenwesen – die Zahl dieser Kassen habe sich in einem Jahre von 122 auf 224 erhöht – anzutun und dasselbe weiter zu entwickeln. Das vorliegende statistische Material, auf das sich die Vorlage stützt, sei sehr mangelhaft. Die von dem Abg. Richter angegebenen Zahlen über das Verhältniß der bereits versicherten Arbeiter zu den noch unversicherten müsse er aufrecht erhalten; es sei sogar möglich, daß sich dieses Verhältniß in seinem Sinne noch günstiger gestaltet. Die Zahlen seien der Gewerbezählung vom Jahre 1875 entnommen, seit welcher Zeit die Versicherungen bei den freien Kassen einen sehr erheblichen Aufschwung genommen haben trotz der mancherlei Hindernisse, die ihnen bereitet worden sind. Man habe auf England hingewiesen; allein die englischen Kassen hätten mehr den Charakter von Spar- und Unterstützungsstellen, wie sich das aus ihren bedeutenden Reservenfonds ergibt. Hierdurch unterscheiden sie sich wesentlich von unseren Knappheitssassen, bei denen eine größere Kapitalansammlung gar nicht stattfinden kann. Ein wunder Punkt in unserem Kassenwesen sei die Höhe der Verwaltungskosten, die bis zu 25 Prozent der gesamten Einnahme beträgt. Diese Kosten könnten durch eine größere Zentralisation der Verwaltung verringert werden. Redner führt dann des Weiteren aus, daß durch dieses Gesetz auch die Kommunen sehr erheblich belastet würden. Die zahlreichen weiblichen Arbeiter, die doch ebenfalls unter den Versicherungszwang fallen, würden mit der Hälfte

ihres Verdienstes während einer Krankheit nicht existieren können; die Kommunen würden also für dieselben eintreten müssen. Weiter fadelt Redner die beabsichtigte Organisation des Kassenwesens; es werde ein fortwährendes Hin- und Herstreiten der Arbeiter aus einer Kasse in die andere stattfinden. Die Gemeindeversicherung sei eine der unglücklichsten Einrichtungen, das Prinzip der Genossenschaftlichkeit werde hier vollständig beleidigt. Besonders bedenklich sei, daß man die ganze in das Bereich der Unfallversicherung gehörende Karrenzeit von 13 Wochen bei Unfällen heute ausschließlich der Krankenversicherung zur Last legen will: 97 Prozent aller Unfälle fallen in die Kategorie derjenigen, die eine Krankheit bis zu 13 Wochen im Gefolge haben, und diese Unfälle sollen nun aus der Krankenversicherung entschädigt werden; das sei offensichtlich ungerecht. Redner empfiehlt den Antrag Ausseld, der alle diese Uebelstände beseitigen will, und hofft, daß die gesammten Liberalen für denselben stimmen werden. Ich stehe, schließt Redner, auf dem Standpunkt, daß nicht der Staat eintreten soll für den Einzelnen und gegen dessen Widerrichtigkeiten, sondern daß diese Widerrichtigkeiten überwunden werden können durch ein freies Zusammenhalten, das allein die soziale Lage der Arbeiter verbessern kann. (Bravo! links.)

Abg. Uhden (Huns) erklärt sich gegen das Hineinziehen der ländlichen Arbeiter in dieses Gesetz, und empfiehlt demgemäß die Annahme des Antrags Hertling. Es liege hierfür kein Bedürfnis vor. Die Arbeitgeber auf dem Lande sorgten selbst für die Gewährung freier Arznei, und die Vergleichung in Krankheitsfällen sei ebenfalls genügend gesichert. Die gesammten ländlichen Arbeiterverhältnisse passen nicht in dieses Gesetz. Arbeitgeber und Arbeiter sei auf dem Lande oft sehr schwer zu unterscheiden. Die meisten Arbeiter und Arbeiterinnen würden nur vorübergehend bei einem und demselben Arbeitgeber beschäftigt. Daraus würden sehr erhebliche Schwierigkeiten für die Versicherung erwachsen. Wie sollte ärztliche Hilfe auf dem Lande geschaffen werden, wo sie nicht vorhanden ist; damit würde schon ein wesentlicher Faktor der Versicherung, die Gewährung freier ärztlicher Hilfe, unaufführbar werden. Die Lage der ländlichen Arbeiter mache auch die Krankenunterstützung nicht so nötig. Die ländlichen Arbeiter haben ihre kleinen häuslichen Einrichtungen, Vieh, Lebensmittel, Vorräte u. dergl., so daß sich die Nachtheile einer Krankheit leicht überwinden lassen. Durch die Annahme der ländlichen Arbeiter in den Versicherungszwang wäre die Ausführbarkeit des Gesetzes leicht gefährdet, er bitte deshalb um Annahme des Hertlingschen Antrages.

Abg. Dr. Lassler kann die Notwendigkeit eines solchen Gesetzes nicht anerkennen; man hätte eine weitere Ausbildung des Gesetzes von 1876 anstreben und abwarten sollen, was auf diesem Wege zu erreichen ist. Ueberhaupt sei es schwierig, die Einzelbestimmungen der Vorlage zu diskutiren; man müsse sich darauf bechränken, den Prinzipien gegenüber Stellung zu nehmen. Der Redner spricht, seiner sonstigen Gewohnheit entgegen, so leise, daß er auf der Journalisten-Tribüne kaum zu verstehen ist. Er ist der Meinung, daß wenn sich der Reichstag einmal zu einem solchen Gesetze entschlossen habe, der Kassenzwang auch so weit durchgeführt werden müsse, als er überhaupt durchzuführen sei. Es würde deshalb heißen, das Gesetz verstimmt, wollte man die ländlichen Arbeiter von demselben ausschließen. Er bitte deshalb, bei den Kommissionsbeschlüssen stehen zu bleiben und § 1 unverändert anzunehmen.

Geb. Rath Lohmann stellt zunächst einige Zahlen in der von dem Abg. Hirsch angegebenen Statistik über die freien Hilfskassen richtig und bestreitet, daß seitens der Behörden der Entwicklung dieser Kassen Hindernisse bereitet worden.

Nicht an den Behörden liege die Schuld, wenn die Bildung freier Kassen sich zwischen lange Zeit hingezogen, sondern an den Beteiligten selbst. Beispielsweise hätten in einzelnen Fällen die Beteiligten hartnäckig daran festgehalten, in das Statut den Kassenzwang hineinzutragen, der doch eigentlich unzulässig war.

Bundeskommissar Ministerialdirektor Bosse widerspricht dem mehrfach erhobenen Vorwurf, daß die Reichsverwaltung den Arbeiterverhältnissen gegenüber nicht die genügende Aufmerksamkeit und das genügende Verständnis beweise.

Abg. v. Skarzynski (Pole) erklärt sich gegen den Versicherungszwang der ländlichen Arbeiter und will ihn nur facultativ und im Einverständnis der Gemeindebehörden für zulässig erachten. Der ländliche Arbeiter würde nicht damit zufrieden sein, im Krankheitsfall nur die Hälfte seines Lohnes und zwei Drittel Entschädigung für Arznei zu erhalten, denn er sei gewöhnt, auch bei Krankheit seine Bezüge ganz zu erhalten, und wenn diese Bezüge auch nur in Naturalleistungen bestehen, so seien sie doch ehrwürdiger als die Löbne der Industriearbeiter. Er bitte deshalb, den Antrag Hertling anzunehmen.

Die Debatte wird geschlossen. In einem Schluswort nimmt der Referent, Abg. Frhr. v. Malzahn-Güll, zunächst die Kommission gegen den Vorwurf des Abg. Richter (Hagen) in Schutz, die Berathung der Vorlage verzögert zu haben, indem er die Thätigkeit der Kommission rekapitulirt. Redner kritisirt sodann die vorliegenden Änderungsanträge und empfiehlt die Annahme der Kommissionsbeschlüsse. Dann geht das Haus zur Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Bei derselben werden sämtliche Anträge abgelehnt und die §§ 1, 1a, 2 nach den Beschlüssen der Kommission angenommen. Bei § 3 erklärt sich die Mehrheit auch für den Absatz 1 derselben, der Absatz 2 aber, welcher dem Paragraph von der Kommission hinzugefügt worden und welcher lautet: „Auf ihren Antrag sind von der Versicherungspflicht zu befreien Personen, welche herkömmlich im Krankheitsfall mindestens für dreizehn Wochen auf Vergleichung in der Familie des Arbeitgebers oder auf Fortzahlung des Lohnes Anspruch haben“, wird durch Zählung bei Stimmengleichheit (102 zu 102 Stimmen) abgelehnt.

Es folgt die Berathung des § 4, mit welchem der Abschnitt für die Gemeinde-Krankenversicherung beginnt. Der § 4 bestimmt, daß jeder Arbeiter, der nicht zu einer staatlich anerkannten Hilfskasse gehört, in die Gemeindeversicherung aufgenommen werden muß. Andere Arbeiter und Gesinde können in diese Versicherung eintreten.

Abg. Frohme (Sozialdem.) bedauert, daß man den Berufskassen so wenig Bedeutung beilegt, da sie sich für die Krankenversicherung viel besser als die Gemeinde-Versicherung eignen. Auch für den ländlichen Arbeiter eignen sich solche Vertragsgenossenschaften, sie fördern bei den Arbeitern den Geist der Selbstständigkeit und den Sinn für Gemeinwohl, welcher gegenüber dem Geist der volksärztlichen Bevormundung, den das Gesetz athme, befördert werden müsse. Er stellt den Antrag, vom Versicherungszwang für die Gemeindelassen nur diesenjenigen auszunehmen, welche einer Berufskasse angehören.

Abg. Gutleisch beantragt, den § 4 dahin abzuändern, daß der

Zeitraum von 20 bis bis sechs geschwollene Bettelle über bereit Baum, Fellamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Beitritt zur Kasse Seitens der dem Versicherungszwang nicht unterliegenden Personen keinen Anspruch auf Unterstützung im Falle einer zur Zeit der Anmeldung bereits eingetretenen Erkrankung, während der Dauer derselben, begründet soll.

Abg. Dr. Hirsch findet es doch bedenklich, den Berufsklassen die Qualität von Zwangskassen beizulegen, wie der Abg. Frohme das verlangt. Redner wird gegen diesen Antrag stimmen, beantragt aber, die Fabrik- und Baukassen aus der Zahl derselben zu streichen, bei denen eine Versicherung der Arbeiter vom weiteren Versicherungszwang befreien soll. Er motiviert diesen Antrag mit dem Hinweis auf die oft sehr schlechte finanzielle Lage der Bau- und Fabrikklassen, die dem Arbeiter keine Garantie bieten, daß er im Erkrankungsfall auch wirklich die Unterstützung empfange. Außerdem verlangt Redner die Aufnahme der Bestimmung, daß jeder, welcher nachweist, Mitglied einer staatlich anerkannten Kasse geworden zu sein, aus der Gemeindeversicherung ausscheiden kann. Redner erklärt, daß er nicht allgemein gegen Fabrik- und Bauklassen eingehen sei; dieselben könnten ja sehr gut wirken, aber sie passen nicht in den Rahmen dieses Gesetzes.

Abg. Dr. Buhl bittet um unveränderte Annahme der Kommissionsvorlage. Er bekämpft den Antrag Ausseld, welcher die Gemeindeversicherung beseitigen und die Gemeinde nur zur Errichtung von Ortskassenpflichten verpflichten will. Genso bekämpft er den Antrag Gutleisch und den Antrag Hirsch; die Auffassungen des letzteren Herren seien, namentlich bezüglich der Fabrik- und Bauklassen, ganz irrig. Dieselben bestehen in vielen Theilen Deutschlands und tragen dazu bei, das gute Einvernehmen zwischen Arbeiter und Prinzipal zu fördern.

Bundeskommisar Geb. Rath Lohmann spricht sich in gleichem Sinne aus.

Bei der Abstimmung werden sämtliche Anträge abgelehnt mit Ausnahme des Zusatzantrages Gutleisch, welcher mit großer Mehrheit angenommen wird.

Bei § 5 entsteht sich die Debatte über den letzten Absatz: für Gemeinden, welche auf die Erhebung von Krankenbeiträgen verzichten, kann die Versicherungspflicht der ländlichen Arbeiter nicht ausgeschlossen werden.

Abg. v. Kleist-Retzow beantragt, diese Bestimmung dahin zu ändern, daß der Ausschluß der ländlichen Arbeiter zulässig sein soll, wenn die Gemeinde nur aus einem Gutsbezirk besteht. Für einen solchen Fall passen die vom Gesetz vorgesehenen Verhältnisse nicht, daß die Arbeiter in solchen Gutsbezirken nicht Noth leiden, ist ja bekannt.

Abg. Dr. Hirsch beantragt, den vorerwähnten Absatz 3 der Vorlage zu streichen. Ein Verzicht der Gemeinden auf die Versicherungsbeträge darf nicht gestattet werden, wenn die Krankenunterstützung nicht zu einer Armenunterstützung werden soll. Die Gemeinden werden auch in den meisten Fällen auf die Beiträge gar nicht verzichten können, Redner beantragt, den Absatz 3 zu streichen und auch den Antrag v. Kleist-Retzow abzulehnen, denn dieser würde zur Folge haben, daß ein Gutsbesitzer, der einen selbständigen Gutsbezirk besitzt, wenn er auf Krankenbeiträge verzichtet, nur die wenigen Handwerker in Krankheitsfällen unterstützt, wogegen die zahlreichen ländlichen Arbeiter keinen Anspruch auf solche Unterstützung haben würden.

Abg. Dr. Buhl bittet um unveränderte Annahme der Kommissionsvorlage.

Abg. v. Kleist-Retzow: Viele Gutsbesitzer werden die Beiträge ihren Arbeitern gern erlassen und ihnen die Vorteile der Versicherung doch gewähren wollen, das zu ermöglichen bezweckt mein Antrag.

Abg. Dr. Hirsch: Diese Absicht kann ohne den Antrag v. Kleist-Retzow erreicht werden.

Der § 5 wird unter Ablehnung der sämtlichen Abänderungsanträge unverändert nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

Der Präsident schlägt die Vertagung und die nächste Sitzung für Montag 1 Uhr vor.

Nach einigen Bemerkungen über das Zusammentreffen der beiden Häuser wird die Sitzung um 5 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. Tagesordnung: Handelsvertrag zwischen Deutschland und Serbien und Fortsetzung der heutigen Debatte.

Briefe und Zeitungsberichte.

■ Berlin, 22. April. Der Reichskanzler hat beim Bundesrat beantragt, zu beschließen, daß für Rechnung des Reichs von den Zwanzigpfennigstück ein Betrag von drei Millionen Mark einzuziehen und je zur Hälfte in Ein- und Zweimarkstücke umzuwandeln sei und daß bei Vertheilung dieser Prägung auf die einzelnen Münzstätten die früheren Procentsätze mit der Maßgabe zu Grunde gelegt werden, daß der bisher der Münzstätte in Darmstadt, welche ihren Betrieb vorläufig eingestellt hat, zugewiesene Procentsatz den übrigen Münzstätten nach Maßgabe ihrer Verhältniszahl zwächst. In der Begründung des Antrags wird ausgeführt, daß bereits in Folge der Umprägung von fünf Millionen Mark Zwanzigpfennigstück in Ein- und Zweimarkstücke sich der Umlauf derselben auf 30,717,922,80 M. ermäßigt hat, daß aber die inzwischen weiter gemachten Wahrnehmungen die Annahme, daß die Zwanzigpfennigstücke im Verkehr nicht beliebt seien, weiterhin bestätigt haben. Es erscheine daher angezeigt, der Einführung und Umprägung von Zwanzigpfennigstücken einen weiteren Fortgang zu geben, zumal den Bedürfnissen des Verkehrs nach kleinen Münzen durch die derselben mehr erwünschten Zehnpfennigstücke in ausreichender Weise entsprochen werden könne. In letzterer Beziehung wird bemerkt, daß die Reservebestände des Reichs an Zehnpfennigstücken auf 4,637,730 Mark herabgegangen sind. Eine weitere Beschleunigung der Überleitung der Reservebestände an Niedermünzen in den Verkehr habe überdies den Vortheil, daß hierdurch für die Reichskasse eine entsprechende Zinsenersparnis entstehe, welche als Deckung des durch die Umprägung von Zwanzigpfennigstücken entstehenden Aufwands gerechnet werden könnte.

■ Berlin, 22. April. Der Reichskanzler hat beim Bundesrat beantragt, zu beschließen, daß für Rechnung des Reichs von den Zwanzigpfennigstücken ein Betrag von drei Millionen Mark einzuziehen und je zur Hälfte in Ein- und Zweimarkstücke umzuwandeln sei und daß bei Vertheilung dieser Prägung auf die einzelnen Münzstätten die früheren Procentsätze mit der Maßgabe zu Grunde gelegt werden, daß der bisher der Münzstätte in Darmstadt, welche ihren Betrieb vorläufig eingestellt hat, zugewiesene Procentsatz den übrigen Münzstätten nach Maßgabe ihrer Verhältniszahl zwächst. In der Begründung des Antrags wird ausgeführt, daß bereits in Folge der Umprägung von fünf Millionen Mark Zwanzigpfennigstück in Ein- und Zweimarkstücke sich der Umlauf derselben auf 30,717,922,80 M. ermäßigt hat, daß aber die inzwischen weiter gemachten Wahrnehmungen die Annahme, daß die Zwanzigpfennigstücke im Verkehr nicht beliebt seien, weiterhin bestätigt haben. Es erscheine daher angezeigt, der Einführung und Umprägung von Zwanzigpfennigstücken einen weiteren Fortgang zu geben, zumal den Bedürfnissen des Verkehrs nach kleinen Münzen durch die derselben mehr erwünschten Zehnpfennigstücke in ausreichender Weise entsprochen werden könne. In letzterer Beziehung wird bemerkt, daß die

S. Der Kronprinz ist gestern Abend 11 Uhr, begleitet von dem Prinzen Wilhelm, dem Erbgroßherzog von Baden und dem Erbprinzen von Meiningen, mittelst Extrages von Schwerin, wo er der Beisetzung des verstorbenen Großherzogs Friedrich Franz II. beigewohnt, wieder hierher zurückgekehrt. Nachdem in der Kronprinzenfamilie heute der erste Geburtstag der jüngsten Tochter, Prinzessin Margarethe, gefeiert ist, gedenkt das Kronprinzenpaar mit Prinzessin Victoria und kleinem Gefolge morgen (Montag) mit dem sogenannten Römerzuge der Anhalter Bahn um 2 Uhr 30 Minuten über Hof, Nürnberg u. s. w. die Reise nach Ober-Italien anzutreten. Die hohen Herrschaften werden im strengsten Inkognito reisen. Die Begrüßung unseres Kronprinzen mit König Humbert von Italien wird in dem königlichen Sommerpalast bei dem 13 Kilometer von Mailand entfernen gelegenen Städtchen Monza stattfinden.

— Im Reichstage fand Sonnabend ein preußischer Ministerrat statt, welcher mehrere Stunden währte. Fürst Bismarck hat, wie man der „Nat. Ztg.“ mittheilt, in den letzten Tagen wiederholt mit dem Minister des Innern v. Puttkamer und dem Kultusminister v. Gohler längere Konferenzen gehabt. Man will hieraus den Schluss ziehen, daß es sich in dem Ministerrat um die kirchenpolitische Angelegenheit gehandelt habe. Wie weit dies richtig ist, wird sich wohl bei der Berathung des Antrags Windthorst am Mittwoch im Abgeordnetenhaus ergeben. In parlamentarischen Kreisen betrachtet man es als feststehende Thatsache, daß auf Aufforderung des Fürsten Bismarck hin der Ministerrat sich in einer seiner letzten Sitzungen bereits mit der Frage beschäftigt hatte, ob die Freigabe der Spendung der Sakramente und des Messfeierns konzedirt werden könne, der Ministerrat habe sich jedoch einstimmig gegen eine solche Maßregel erklärt.

— Am 19. ist, wie der „K. Z.“ berichtet wird, ein Courier der spanischen Regierung hier eingetroffen, der dem spanischen Gesandten Grafen Bonomar die Antwort der spanischen Regierung auf die deutsche Note bezüglich des Handelsvertrags überbrachte. Graf Bonomar sollte dieselbe noch im Laufe des Tages überreichen, und so wird sich denn alsbald entscheiden, ob die Verhandlungen abgebrochen oder mit Aussicht auf Erfolg weitergeführt werden sollen. Das Signal, daß die Verhandlungen abgebrochen worden sind, wird die Veröffentlichung der Kampfzollverordnung gegen Spanien geben.

— Nach einer Mittheilung, welche der „Breslauer Zeitung“ aus Russland zugegangen ist, steht dem deutschen Holzhandel, der russische Hölzer bezieht, eine neue schädigende Zollmaßregel, diesmal von Russland in Aussicht. Es heißt nämlich, daß vom 1. Juni ab ein Ausfuhrzoll auf Holz aus Russisch-Polen nach Preußen eingeführt werden soll. Wenn sich das bestätigt, so würden die deutschen Holzkonsumanten, falls die Holzollerhöhung im deutschen Zolltarif die Genehmigung des Reichstags finden sollte, ihre aus Russland bezogenen Hölzer mit einer doppelten Zollerhöhung belegt sehen. Die Maßnahme Russlands aber würde von Neuem den Beweis dafür liefern, wie verkehrt die Schutzzollpolitik wirkt, wenn man von ihr, wie das bei Einführung derselben 1879 behauptet wurde, erwartete, daß sie Deutschland in die günstige Lage gegenüber dem Auslande versetze, von diesem Konzessionen zu Gunsten des deutschen Handels und der deutschen Industrie zu erlangen. Bisher hat noch jedes Jahr für die deutsche Gewerbstätigkeit nur neue Erschwerungen seitens des Auslands gebracht, und es ist nicht abzusehen, wie die Verwirklichung des neuen Projekts, wenn die russische Regierung es in der That auszuführen beabsichtigt, abgewendet werden könnte.

Pest, 20. April. Die letzte Skandal-Affaire im Pester Abgeordnetenhaus hat, nachdem Fühessern den Abg. Polonny sowohl öffentlich als privat um Verzeihung gebeten, folgenden Verlauf genommen. Ein soeben erschienenes Manifest der Unabhängigkeitspartei enthält folgenden Passus: Die Unabhängigkeitspartei verständigt hiermit das patriotische Publikum, daß der Abg. Julius Verbovay (von dem sich bekanntlich Fühessern als Werkzeug hat missbrauchen lassen) seit Beginn dieses Reichstages nicht Mitglied des Klubs der Unabhängigkeitspartei ist, daß der Club sein Blatt nicht als Kluborgan betrachtet und daß er demgemäß weder mit Herrn Verbovay, noch mit dem Tageblatt „Flügeltenug“ in Solidarität steht. Die Unabhängigkeitspartei des Reichstages weist auf das Entschiedenste jene persönliche, Standale provozierende Manier zurück, welche in genanntem Blatte herrscht. Jenes Vorgeben aber, wonach das Blatt oft Angriffe gegen zur Partei gehörige Individuen, nicht nur ob ihres öffentlichen Wirkens, sondern auch gegen ihren guten Ruf richtet — wie dies neuestens gelegentlich der Affaire Fühesser-Polonny geschehen —, muß sie als Auferachtlassung aller Regel der Parteidisziplin und der daraus im Interesse des Gemeindewohls entstehenden Pflichten, welchen sich alle Parteimitglieder anschließen müssen, betrachten. — Der Honved-Major Géza Fühesser hat seine Zeugen zu Verbovay geschickt, um von ihm für dessen Insulten in den Blättern bedingungsweise Satisfaktion zu fordern (insbesondere bedingungsweise, wenn er in den mit Karl Götzs, Otto Hermann und Anderen obhauptenden Affären gerechtfertigt sein wird). Verbovay nahm die Forderung an und wird seine Sekundanten nennen. Das Ehengericht wird entscheiden.

Aus Warschau wird vom 21. d. Mts. Berliner Blättern telegraphiert: Der Student Zubowicz wurde gegen eine Kavution von 1000 Rbl. wieder in Freiheit gesetzt, welch' letztere seine Kollegen erlitten. In Folge dessen ist die Stimmung unter den Studenten eine ruhigere geworden. Ganz besonders freudig wurde das Gericht aufgenommen, der Universitäts-Kurator Apuchtin habe die Demission erhalten und an seiner Stelle sei der Direktor der Pagenschule in Petersburg, Hartmann, ernannt worden.

Zweiter Kongress für innere Medizin.

Wiesbaden, den 18. April.

Die erste Sitzung wurde um 10½ Uhr durch den Geh. Rath Frerichs mit folgenden Worten eröffnet: Meine Herren! Zum zweiten Male versammelt sich in diesem Raume der deutsche Kongress für innere Medizin, um wichtige Fragen zu lösen oder wenigstens der Lösung entgegenzuführen, Fragen, die nicht bloß die medizinische, sondern die ganze gebildete Welt interessiren. Als Sie mir im vorigen Jahre gestatteten, den Kongress zu eröffnen, erlaubte ich mir, Ihnen den etwas bedrohten Standpunkt der inneren Heilkunde in ihrer sozialen und wissenschaftlichen Stellung den Hilfswissenschaften und den Spezialfächern gegenüber anzudeuten, die Würde und die hohe Bedeutung der inneren Medizin nicht bloß als den eigentlichen Mittelpunkt, sondern auch als das Ziel aller wahren Heilkunst hinzustellen. Ich erlaubte mir ferner die Grundsätze auszusprechen, nach welchen

wir bei unseren Arbeiten und Forschungen versabren wollten, und schließlich die nahen Beziehungen hervorzuheben, in welchen die einzelnen Gebiete unseres weiten Arbeitsfeldes zu einander stehen. Heute nun ist dies, was wir damals nur als Wunsch, als berechtigte Hoffnung ausgesprochen, erfüllt worden. Wir sind klar über das, was wir wollen, und bilden eine feste Vereinigung. Die Zeit der fremden Einflüsse ist vorüber; wir verfolgen auf eigenen sicherer Bahnen selbstbewußt unsere Ziele, wenn wir auch gern und freudig die Mithilfe anderer Fächer annehmen, deren Werth, ja deren hohe Bedeutung wir niemals unterschätzen werden. Wir blicken mit Vertrautheit auf das während des ersten Kongresses geförderte. Eine wichtige, epochenmachende Entdeckung wurde Ihnen vorgeführt, schwierige Fragen der Pathologie und Therapie wurden umfassend und glücklich erörtert. Wenn einzelne derselben, wie diesenigen über die Nieren-Entzündung, nicht zu einem allgemeinen Abschluß gelangten, so lag dies hauptsächlich in dem Umstande daß noch immer die eigentliche klinische Auffassung zu sehr im Banne pathologisch-anatomischer Anschaunungen besangen ist, weshalb auch die Diskussion mehr einen pathologisch-anatomischen als rein klinischen Charakter an sich trug. In dieser zweiten Versammlung des Kongresses für innere Medizin, welche heute ihren Anfang nimmt, werden Gegenstand unserer Berathung abgeben in erster Reihe zwei nicht bloß für uns Ärzte, sondern auch für das gesamte soziale Leben wichtige Krankheiten; zunächst die Lungenschwindsucht, diese Geisel der menschlichen Gesellschaft, welche mehr als irgend eine andere Krankheit — ganze Generationen dem Grabe zuführt, welche, seit Jahrhunderten unterfucht und erforscht, dennoch ihrem Wege nach dunkel und unerkannt blieb, bis eine Entdeckung unserer Tage auf sie ein helles Licht warf, zu dessen Bedeutung neue Geschäftspunkte hervortraten, die der Aufklärung dienten und welche unseren Schaffsinn und unsere volle Arbeitskraft in Anspruch nehmen. Der zweite Gegenstand der Förderung wird die Diphtheritis sein, welche unter unserem jugendlichen Nachwuchs so oft die grauenhafte Verheerungen anrichtet, deren Weisen, Entstehung, Verbreitung und Behandlung, so viel auch bisher daran gearbeitet worden, noch zahlreiche Unklarheiten bieten, in deren Bezeichnung, soweit es zur Zeit möglich, wir auf diesem Kongress unsere Kräfte erproben wollen. Das dritte große Objekt unserer Verhandlungen: die abortive Therapie der Infektions-Krankheiten ist eine brennende Frage unserer Zeit geworden, nachdem dieselbe erkannt hat, welche Rolle die verschiedenartigen Mikroben für die Entstehung der Infektions-Krankheiten haben. Wir werden dann ergänzen können, was in Bezug auf die Verhütung der Lungenschwindsucht bei der Diskussion in den ersten Tagen etwa versäumt worden sein sollte. Andere wichtige Vorträge der mannigfachen Gebiete, wie sie im Programm sich verzeichnet finden, werden unser Interesse in Anspruch nehmen. Ich freue mich herlich, daß Sie so zahlreich erschienen sind, und begrüße mit besonderer Genugthuung und Herzlichkeit jenejenigen, die außerhalb der Grenzen unseres Vaterlandes wohnen und auf weiten Wegen zu uns kommen, um in deutscher Treue an unserer Arbeit mitzuwirken, einer Arbeit, die, so hoffen wir, die deutsche Wissenschaft mehr und ihr zu dauerndem Ruhme gereichen werde. — Somit erkläre ich denn den zweiten Kongress für innere Medizin für eröffnet.

Darauf schlägt der Vorsitzende zu Vice-Präsidenten die Herren Biermer-Breslau und Liebermeister-Düdingen vor, welche die einstimmig erfolgende Wahl von Seiten der mehr als 220 Körperschaften der Versammlung mit Dank annehmen. Zum ersten Vortrag über den Einfluß der Entdeckung der Tuberkel-Bacillen auf die Pathologie der Tuberkulose erhält Herr Kühl-Bonn das Wort. Derselbe warnt vor zu weit gehenden Schlüssen, die man an die Aufsehen machende Entdeckung Koch's zu knüpfen geneigt sein möchte: Die Lehre von der Übertragbarkeit der menschlichen Schwindsucht sei nicht neu, Morgagni, Lenney, Ambra, Buhl, Killeman, Kleinde u. A. hätten schon längst an eine solche gedacht, bis es vor einigen Jahren gelungen, durch die sogenannte Impftuberkulose auf experimentellem Wege bei Thieren, die früher rein hypothetische Annahme etwas mehr zu bestätigen. Die spezifische Natur der menschlichen Tuberkulose aber sei erst durch die Auffindung des eigentlichen Tuberkelgits des Bacillus Kochii, klargestellt worden. Es sei schwer, die bisherigen klinischen Erfahrungen über den Verlauf der Lungenschwindsucht mit der neuen Entdeckung in Einklang zu bringen, deshalb sei die Thatsache der Existenz eines Tuberkelgits sui generis nicht zu leugnen. Alle Forscher, die dies versuchten, sollten sich, ehe sie Kontrollversuche anstellen, an dem Orte der Entdeckung über die beste Methode zu orientieren. Der Einwand, Erblichkeit der Tuberkulose und Übertragbarkeit, schlossen sich aus, sei hinsichtlich der Syphilis habe man mit ähnlichen Verhältnissen zu thun. Warum sich aber die Infektion gerade immer oder wenigstens sehr häufig in den Lungen lokalisiert, müsse erst allmälig erforscht werden, alle bisherigen Erklärungen genügen nicht. Wenn auch bisher keine zahlreichen Erfahrungen von Übertragung von Mensch zu Mensch vorliegen, so könne dies an der Thatsache nichts ändern, daß die Lungensyphilitis eine übertragbare Krankheit sei. Wenn wir unsere Beobachtungen etwas genauer auf diesen Punkt richten, so würde der Einwand des seltenen Vor kommen von Übertragung von Mensch zu Mensch in kürzerer oder längerer Zeit ganz fallen. Statthaftige Infektion könne ja ausheilen ohne auffällige Symptome gemacht zu haben. Am Ende habe jeder Mensch ein Bisschen Tuberkulose. Der Weg, auf welchem die deletären Keime in den Menschen gelangen, seien wahrscheinlich die Respirationsorgane, sobald irgend ein Defekt ihrer Schleimbaut dem Bacillus einen bequemen Ort zur Ansiedelung darbietet, von da frieche der Pilz weiter, gelange in die Saftanäle und officie den ganzen Organismus. Von der äußeren Haut aus dringt er nie in den Körper ein; der Magen werde nie tuberkulös, der Darm erkrankt stets sekunär. Die Übertragung der Tuberkulose durch die perlsichtigen tuberkulösen Thieren entnommenen Nahrungsmitte sei bisher nicht mit Sicherheit konstatirt worden. Bacillus könne zu Grunde gehen und so Heilung oder wenigstens ein Stillstand in der Erkrankung eintreten. Fieber und Gewichtsverlust werde von der Annahme einer Infektion nicht beeinflußt, beide röhren von den durch das spezifische Gift zerstörten Prozessen her und die Sputa Tuberkulose müßten stets bald fortgeschafft oder durch Desinfektion unschädlich gemacht werden. Kleidungsstücke, Bettwäsche usw. von solchen Kranken seien mit Voricht weiter zu gebrauchen. Die Behandlung müßte sich hauptsächlich auf die Verhütung der tuberkulösen Krankheiten richten. Alle, die sich verirrathen wollen, müßten eigentlich außer dem Impf-Attest auch ein „Lungensyphilitis-Attest“ beibringen. Heilung aller Tuberkulösen, schon erlich belasteter Neugeborener wäre das einzige — aber vor der Hand ein unmögliches Mittel, um die Tuberkulose ganz aus der Welt zu schaffen. Andere besonders medikamentöse Maßnahmen, die auf Grund der Koch'schen Entdeckung etwa versucht werden möchten, dürften vor den Hand ohne Aussicht auf Erfolg bleiben.

(Fr. 3tg.)

Dasselbe Blatt heilt mit, daß gegenwärtig im hiesigen Gefängnis auch der Schwede Henricson sitzt, über dessen Verhaftung und Verhaftung in Prag wir neulich berichteten; derselbe sei wegen Hochverrats und Majestätsbeleidigung angeklagt; von hier sei er nach Dresden, und von da nach Prag geflohen, wo ihn die österreichische Polizei verhaftete und an Preußen auslieferete.

— Herr Oberlandesgerichts-Präsident v. Kunowski ist in dienstlicher Veranlassung nach Schneidemühl gereist.

r. Posener Landwehrverein. Für den im März d. J. neu ins Leben getretenen Sängerchor des Landwehrvereins ist nunmehr ein Reglement festgestellt worden, welches in der am 13. d. Mts. abgehaltenen Sitzung des Vorstandes des Landwehrvereins die Genehmigung erhalten hat. Als Dirigent des Sängerkors wurde Herr Huch, als dessen Stellvertreter Herr Scheiner und als Bibliothekar Herr v. Geißler bestätigt. Der Sängerchor zählt bereits 32 Sänger und es ist demselben die reichhaltige Musikalien-Sammlung des Landwehrvereins zur Verfügung gestellt worden.

r. Die Hauptgewinne der Lotterie zum Besten des Boologischen Gartens sind bereits sämtlich zur Vertheilung gelangt. Der erste ist, wie bereits mitgetheilt, nach Budin gekommen; der zweite kam nach Dobrilugk, der dritte nach Jerzyce. Die glückliche Gewinnerin des letzteren, eines schönen großen Teppichs, ist die 16-jährige Tochter eines Besitzers in Jerzyce. Diese hat ihn der Kirche geschenkt.

Telegraphische Nachrichten.

Wiesbaden, 21. April. Se. Maj. der Kaiser und die Großherzogin von Baden statteten gestern einige Besuche ab und machten dann eine gemeinschaftliche Spazierfahrt. Abends nahm Se. Majestät bei Ihrer L. Hoheit den Thee ein. Heute arbeitete der Kaiser mit dem Chef des Militärkabinetts, Generalleutnant v. Albedyll. Wegen der Beisetzungsfestlichkeiten in Schwerin sind heute keine Einladungen zum Diner ergangen.

Wiesbaden, 21. April. Der Statthalter von Elsaß-Lothringen, General-Feldmarschall Freiherr v. Manstein, und der General von Bichelberg, Inspekteur der 3. Feldartillerie-Inspektion, sind hier eingetroffen. Morgen wird der Oberpräsident von Hessen-Kassel, Graf zu Eulenburg, hier erwartet, um dem Kaiser über das Denkmal auf dem Niederwald Vortrag zu halten.

Schwerin, 20. April. Der Großherzog und die Erbgroßherzogin von Mecklenburg-Strelitz, der Herzog von Sachsen-Altenburg, der Erbgroßherzog von Oldenburg und die Herzogin Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin mit ihrer Tochter sind bereits heute Abend hier eingetroffen, um der morgen stattfindenden Beisetzung des verstorbenen Großherzogs beizuwöhnen.

Schwerin, 21. April. Unter dem Geläute aller Glocken und dem Donner der Geschütze erfolgte um 4 Uhr Nachmittags die Beisetzung der Leiche des Großherzogs Friedrich Franz II. in der Blutschapel des Domes. Derselben war ein feierlicher Trauergottesdienst in der Schlosskirche vorausgegangen. Dem Sarge folgten die drei Söhne des Großherzogs Paul Friedrich, Friedrich Wilhelm und Adolph Friedrich, ihnen zur Rechten der Kronprinz des deutschen Reiches mit dem Feldmarschallstab in der Rechten, zur Linken Großfürst Vladimir, dann der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz mit dem Prinzen Wilhelm von Preußen, ferner der Großherzog von Hessen, der Herzog von Sachsen-Altenburg, Prinz Albrecht von Preußen, drei Prinzen von Reuß, die Prinzen Heinrich und Wilhelm von Hessen, die Erbgroßherzoge von Oldenburg und von Sachsen-Weimar, Prinz Windischgrätz, Prinz Günther von Schwarzburg-Rudolstadt und die Prinzen von Schönburg-Glauchau. Ihnen schlossen sich an der englische Botschafter Lord Ampthill, der österreichisch-ungarische Botschafter Graf Széchenyi, der russische Botschafter von Saburov, der dänische Spezialgefandte von Löwenstiold, der württembergische Spezialgefandte, Generalmajor Faber du Faur, der bayrische Spezialgefandte Generalleutnant von Horn, der Kriegsminister Brossart von Schellendorf. Es folgten etwa 1000 Kavalire und Offiziere, 80 Mitglieder der Ritterschaft und 100 Geistliche. Die verwitwete Großherzogin und die übrigen fürstlichen Damen waren auf einem andern Wege nach dem Dom gefahren. Dort führte der deutsche Kronprinz die Großherzogin, Großfürst Vladimir die Großherzogin-Mutter, Prinz Paul Friedrich die Großfürstin Marie. Die Ansprache im Dome hielt Superintendent Bard. — Die Leichenparade war zusammengezogen aus 4 Bataillonen und einer kombinierten Kompanie Infanterie, 3 Batterien und 4 Eskadrons Dragoner mit Standarten bzw. Fahnen.

Stuttgart, 21. April. Wie der „Staatsanzeiger für Württemberg“ mittheilt, ist die Besserung in dem Befinden des Königs eine konstante, obgleich dieselbe langsam fortschreitet. Das Allgemeinbefinden ist zufriedenstellend, indessen war die katarrhalische Affektion sehr ausgebreitet und ist jetzt noch ein Gefühl großer Mattigkeit und Angegriffenheit vorhanden. Normaler Appetit und Schlaf sind noch nicht zurückgekehrt; demgemäß ist für längere Zeit große Schonung geboten und wird Se. Majestät die Wiederaufnahme der gewohnten Lebensweise nicht so bald möglich sein. Der König hütete bisher das Bett und wird daher dem heute Abend anlässlich des 200jährigen Jubiläums des Ulanenregiments stattfindenden Reiterfestspiel nicht beiwohnen.

Essen, 21. April. Die „Essener Zeitung“ meldet: Auf dem heute in Dortmund versammelten nordwestdeutschen Handelskammertage in Sachen des Kanals Ruhr-Ems häfen waren 23 Handelskammern vertreten, nämlich Dortmund, Essen, Hagen, Mühlheim a. d. Ruhr, Emden, Münster, Elberfeld, Barmen, Lennep, Osnabrück, Arnsberg, Solingen, Duisburg, Koblenz, Harburg, Düsseldorf, Iserlohn, Altena, Gladbach, Lüdenscheid, Wesel, Bielefeld und Bochum. Einstimig wurde folgende Resolution angenommen:

„Die am 21. April 1883 zu Dortmund versammelten Handelskammern haben die Regierungsvorlage betreffend den Bau eines Kanals von Dortmund nach den Emshäfen, als ersten folgentlichen Schritt zur Ausbildung der deutschen Wasserstraßen, ohne welche wir auf die Dauer der Konkurrenz der besser organisierten Nachbarländer nicht gewachsen sind, ebenso dankbar begrüßt, wie die günstige Aufnahme, welche dieselbe in Gauen bei dem Hause der Abgeordneten gefunden hat. Die Handelskammern würden der königlichen Regierung zu noch größerem Danke sich verpflichtet gefühlt haben, wenn sich dieselbe hätte

Locales und Provinzelles.

Posen, 23. April.

d. [Zum polnischen Sozialisten-Prozeß.] Wieder „Przedswit“, das bekannte polnische, in Genf erscheinende Sozialisten-Organ, mittheilt, daß in der bekannten Untersuchungssache gegen die hier verhafteten Sozialisten Padlewski, Grzeskiewicz, Bujakiewicz und Slotwiński gegen einen gewissen Plagerz die Anklage wegen falscher Aussage erhoben worden. Derselbe soll dem Untersuchungsrichter erläutert haben, er kenne keinen der Angeklagten, noch habe er einen derselben gesehen; inzwischen habe ein Anderer ausgesagt, Plagerz kenne dieselben. —

entschließen können, durch entschiedenere Erklärungen die weitergehenden Wünsche der interessirten Kreise und des Abgeordnetenhauses zu berücksichtigen. Da die Regierung jedoch formell bindende Zusicherungen in dieser Richtung ausdrücklich abgelehnt hat, so glauben die Handelskammern die Freunde einer energischen Kanalpolitik im Abgeordnetenhaus dringend erzählen zu sollen, event. mit Verzicht auf alle Amendierungsversuche für die Regierungsvorlage zu stimmen, um die Regierung jedenfalls für die Konzessionen zu engagieren, welche die Vorlage schon jetzt enthält und welche bedeutend genug sind, um wenigstens einen Theil der weitergehenden Wünsche voraussichtlich bald als unabsehbare Konsequenzen dieses ersten Schrittes erscheinen zu lassen."

Produkten-Börse.

Berlin, 21. April. Wind: N. Wetter: Einiges Regen.

Das Wetter ist heute recht unfreudlich, aber man hält es für weniger stürmisch, weil es etwas regnet. Daraus nahm man Anlaß zu matter Haltung, in welcher der heutige Markt verlief; freilich lauteten auch die auswärtigen Nachrichten theilweise nicht so fest, wie man erwartet hatte.

Loto-Weizen in seiner Ware fest, war in ausgewachsenen Qualitäten mehr und billiger käuflich. Im Terminverkehr fehlte jedes Animo. Unter schwerfälligen Umsätzen bröckelten die Kurse langsam ab; am wenigsten hat dabei der laufende Termin verloren.

Loto-Rogggen in seinen Gattungen zu festen Preisen schlank verkäuflich, war in allen anderen Rüstern vernachlässigt und matt. Der Terminhandel hatte ebenso rubigen, wie matten Verlauf. Unter dem Eindrucke des etwas nassen Wetters zeigte die Platzspekulation mehr Neigung zu Verkäufen, während Käufer Zurückhaltung bewahrten. Kurse haben in Folge dessen $\frac{1}{2}$ —1 M. verloren, aber am Schlusse war die Haltung eher etwas stärker.

Loto-Hafer fest. Termine matt. **Roggengemehl** etwas billiger. **Mais** in effektiver Ware still. Termine matter. **Rüböl** zeigte wenig Leben. Für alle Sichten war mehr Angebot als Frage, daher die Preise um einige Groschen niedriger als gestern.

Betroleum preishaltend.

In **Spiritus** kamen nur schwache Umsätze zu Stande. Notierungen haben wiederum keinerlei nennenswerthe Veränderung erfahren.

(Amtlich.) **Weizen** per 1000 Kilogramm loto 130—200 Mark nach Dual., polnischer — ab Bahn bez., sein weiß — ab Bahn bez., per diesen Monat — M. bez., selbe Durchschnittsqualität 192 bez.

Wachs in Rohware 160—220, Futterware 140—155 per 1000

Kilogramm nach Qualität.

Kartoffelmehl per 100 Kilogramm brutto inkl. Soc. Loto und per diesen Monat — G. per April—Mai — bez., per Mai—Juni — bez., per Juli—August — M.

Roggengemehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm universiert inkl. Soc. per diesen Monat 20,10 bez., per April—Mai 20,10 bez.

schlesisch 167 ab Bahn bez., per April—Mai 192,5—191,5 bez., per Mai—Juni 192—191,5 bez., per Juni—Juli 192—191,5 bez., per Juli—August 192,75—192 bez., per August—September — bez., per September—Oktober 196,5—195,5 bez., per Oktober—November — bez. Durchschnittspreis — M. Gefündigt 7000 Str. per 1000 Kilogramm. Kündigungspreis —

Roggengemehl per 1000 Kilogramm loto 126—141 nach Qualität. Durchschnittsqualität 140,25 bez., inländischer gut 135—137, mittel ab Bahn bez., feinst 139 bis 149 ab Bahn und Bahn bez., hochfein —, per April—Mai 140,75—140 bez., per Mai—Juni 140,75—140 bez., per Juni—Juli 142—141,5 bez., per Juli—August 143,25—142,5 bez., per August—September — bez., per September—Oktober 147—146 bez. — Gefündigt 13,000 Str. Durchschnittspreis — Kündigungspreis — M. per 1000 Kilogramm.

Gerte per 1000 Kilogramm große und kleine 120—200 nach Qualität.

Häfer per 1000 Kilogramm loto 116—152 nach Qualität, guter preußischer 130—133, do. feiner — bez., guter pomm. 126—131 bez., Durchschnittsqualität 125 M. per diesen Monat —, per April—Mai 125,5 Br. per Mai—Juni 125,5 Br. per Juni—Juli 127 bez., per Juli—August 130—129,5 bez. Gefündigt 4000 Str. Kündigungspreis — M. per 1000 Kilogramm. Durchschnittspreis — bez.

Eggen in Rohware 160—220, Futterware 140—155 per 1000

Kilogramm nach Qualität.

Kartoffelmehl per 100 Kilogramm brutto inkl. Soc. Loto und per diesen Monat — G. per April—Mai — bez., per Mai—Juni — bez., per Juni—Juli — G. per Juli—August — M.

Roggengemehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm universiert inkl. Soc. per diesen Monat 20,10 bez., per April—Mai 20,10 bez.

Wachs in Rohware 160—220, Futterware 140—155 per 1000

Kilogramm nach Qualität.

Kartoffelmehl per 100 Kilogramm brutto inkl. Soc. Loto und per diesen Monat — G. per April—Mai — bez., per Mai—Juni 53,2—53,1—53,2 bez., per Juni—Juli 53,9—54,1 bez., per Juli—August 54,8 bez., per August—September 55,1—54,9—55,1 bez., per September—Oktober 54 bez., per Oktober—November — bez., per November—Dezember — bez. — Gefund 180.000 Liter. Durchschnittspreis —

per Mai—Juni 20,10 bez., per Juni—Juli 20,40 bez., per Juli—August — bez., per September—Oktober — — Gef. 500 Str. Durchschnittspreis —

Trockene Kartoffelfäcke per 100 Kilogramm brutto inkl. Soc. Loto und per diesen Monat — G. per April—Mai — bez., per Mai—Juni — bez., per Juni—Juli — bez., per Juli—August — M.

Feuchte Kartoffelfäcke pro 100 Kilogramm brutto inkl. Soc. Loto und per diesen Monat — M. per Oktober—November — Gd.

Weizenmehl Nr. 00 26,75—24,75, Nr. 0 24,50—22,75, Nr. 0 u. 1 21,75—20,75. — **Roggengemehl** Nr. 0 21,75—20,75, Nr. 0 u. 1 20,25—18,75. Keine Marken über Notiz bezahlt.

Rüböl per 100 Kilogramm loto mit Fas — M. ohne Fas — bez., per diesen Monat und per April—Mai 70—69,9 bezahlt, per Mai—Juni 70—69,9 bez., per Juli—August — bez., per September—Oktober 62,5—62,2 bez., per Oktober—November — bez. — Gefündigt 4900 Str. Durchschnittspreis —

Petroleum, raffiniertes (Standart white) per 100 Kilogr. mit Fas in Boten von 100 Kilogr. loto — M. per diesen Monat 24,3 M. per April—Mai 24 M. per September—Oktober 24,6 M. — Gefündigt — Bentner. Durchschnittspreis —

Spiritus. Per 100 Liter a 100 Prozent = 10,00 Liter p.t. loto ohne Fas 53,4 bezahlt, loto mit Fas — bez., mit leichten Gebinden — bez., ab Speicher — bez., frei Haus — bez., per diesen Monat und per April—Mai 53,1—53,2 bez., per Mai—Juni 53,2—53,1—53,3 bez., per Juni—Juli 53,9—54,1 bez., per Juli—August 54,8 bez., per August—September 55,1—54,9—55,1 bez., per September—Oktober 54 bez., per Oktober—November — bez., per November—Dezember — bezahlt. — Gefund 180.000 Liter. Durchschnittspreis —

Deutsche und preußische Staatsfonds waren fest und mäßig lebhaft, inländische Eisenbahnprioritäten still.

Banffaktionen ziemlich fest, Diskonto Kommandit-Antheile und Darmstädter Bank schwach, Deutsche Bank seiter.

Industriepapiere seit und ziemlich lebhaft, Montanwerthe theilweise etwas besser.

Inländische Eisenbahnaktionen recht fest, theilweise höher und belebt; letzteres gilt namentlich von Marienburg-Mlawka, Ostpreußischer Südbahn, Mecklenburgischer und Rechter Oderseebahn; Oberösterreich schwächer.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 21. April. Die heutige Börse eröffnete in schwacher Haltung für internationale Werthe, während der lokale Markt sich gleich Anfangs fest setzte. Das Geschäft entwickelte sich im Allgemeinen ruhig, nur einige meist Eisenbahnpapiere hatten belangreichere Umsätze für sich. Die von den fremden Börsenplätzen vorliegenden Meldungen boten geschäftliche Anregung nicht dar und gewannen hier auf die Stimmung keinen wesentlichen Einfluss. Im späteren Verlaufe der Börse griff ziemlich allgemein eine seifere Strömung Platz, die auch zu etwas regerem Geschäftsgange führte.

Der Kapitalmarkt bewahrte gute Festigkeit für heimische solide

Anlagen und fremde, festen Zins tragende Papiere konnten sich meist gut behaupten bei stillsem Geschäft.

Die Kassawerthe der übrigen Geschäftszweige waren meist ziemlich fest bei mäßigen Umsätzen.

Der Privatdiskont wurde mit 2% Proz. für seinstre Brieze notirt.

Auf internationalem Gebiet gingen Österreichische Kreditaktien nach schwächerer Größerung zu besseren Kursen ziemlich lebhaft um, Franzosen waren matter und gleichfalls nicht unbelebt, Lombarden wenig verändert und still.

Von den fremden Fonds waren russische Anleihen schwach, Ungarische Goldrente behauptet.

Umrechnungs-Täste: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franks = 80 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterlin, = 20 Mark.

Wertschr.-Aktie.	Ausländische Fonds.	Eisenbahn-Gittern- und Stamm- Prioritäts-Aktien.	Berlin-Dresd. St. g. 4	103,20 B	Dienst. B. B. (Elbth.) 5	87,20 B	Nordd. Bank	5	159,70 G	
Krefeld. 100 fl. 8 L. 4	169,70 B	New York. St.-Anl. 6	128,10 G	do.	Berl.-Görlitz. Kon. 4	103,00 B	Naab-Grau. (Prani.) 4	0	45,50 G	
Brüssel u. Antwerpen	80,95 B	do.	7	119,60 G	do.	102,80 G	Reich.-B. (S. N. B.) 5	85,25 G	Dest. Krd. A. v. St. 9	
100 Fr. 8 L. 3	80,60 B	Finnländ. Loosse	—	47,75 B	do.	101,10 G	Schweiz. Ctr. N.D.B. 4	102,10 G	Oldenb. Spar.-B. 15	
London 1 Pf. 8 L. 3	20,445 B	Italienische Rente	5	91,40 B	do.	103,50 B	Sdöft. Bahn 100% (Lomb.) 3	115,25 B	Petersb. Dis. B. —	
Paris 100 Fr. 8 L. 3	81,10 B	do. Tabaks-Obl.	6	83,60 B	do.	101,20 B	Petersb. St. B. 3	93,00 G	Reichs. B. 3	
Wien. östl. Währ. 8 L. 4	170,70 B	do. Papier-Rente	4	66,60 G	do.	101,20 B	Pomm. Hyp.-Bl. 5	48,00 eb. G	Reichs. B. 2	
Petersb. 100 R. 3 B. 6	201,10 B	do.	5	79,50 G	do.	103,60 B	Poener Prov. 7	120,90 B	Reichs. B. 1	
Warsch. 100 R. 8 L. 8	201,60 B	do.	do.	87,30 a 40 B	do.	101,25 G	Leibnizbahn 5	78,50 B	Reichs. B. 0	
Geldsorten und Banknoten.		do.	do.	111,75 B	do.	104,60 G	B.-Schw.-J.D.E.F. 4	79,25 B	Boj. Landw. B. —	
Sovereigns pr. St.	20,39 B	do.	do.	324,50 B	do.	104,60 G	Ung. Rorostb. gar. 5	78,25 B	Boj. Sprit.-Bank 7	
20-Francs-Stück	16,22 G	do.	do.	118,00 B	do.	103,20 B	Br. Entr. Bd. 40	109,00 B	Reichsbank 149,50 G	
Dollars pr. St.		do.	do.	120,50 B	do.	103,00 B	Br. Hyp.-Alt.-Bl. 5	125,00 B	Roßdorfer Bank 99,75 B	
Imperialis pr. St.		do.	do.	131,10 G	do.	102,50 B	Reichs. B. 5	121,90 B	Sächsische Bank 93,90 B	
Engl. Banknoten	21,50 B	do.	do.	29,50 B	do.	102,50 B	Sc. Hyp.-B. 25	90,30 G	Sc. Hyp.-B. 20	
Frankl. Banknot.	81,15 B	do.	do.	89,60 B	do.	104,60 G	Boratlsberger gar. 5	87,50 G	Reichsbank 114,50 G	
Deutsch. Banknot.	170,80 B	do.	do.	54,30 B	do.	104,60 G	Reichsbank 7,5	149,50 G	Reichsbank 7,5	
Russ. Noten 100 R.	201,85 B	do.	do.	45,30 B	do.	104,60 G	Roßdorfer Bank 5	99,75 B	Roßdorfer Bank 5	
Bonds- und Staats-Papiere.		do.	do.	103,00 B	do.	104,60 G	Sächsische Bank 5	121,90 B	Sächsische Bank 5	
Dtsch. Reichs.-Anl. 4	102,30 B	do.	do.	103,75 B	do.	104,60 G	Sc. Hyp.-B. 25	93,90 B	Sc. Hyp.-B. 20	
Konf. Preuß. Anl. 4	104,20 B	do.	do.	103,75 B	do.	104,60 G	Sc. Hyp.-B. 20	109,10 G	Sc. Hyp.-B. 15	
do.	do.	do.	do.	102,20 B	do.	104,60 G	Sc. Hyp.-B. 15	132,30 G	Sc. Hyp.-B. 10	
Staats-Anleihe	4	101,30 B	do.	do.	104,60 G	do.	104,60 G	Sc. Hyp.-B. 10	144,75 G	Sc. Hyp.-B. 5
Staats-Schuldscr.	3	98,50 G	do.	do.	104,60 G	do.	104,60 G	Sc. Hyp.-B. 5	192,40 B	Sc. Hyp.-B. 5
Kuru.-Neum. Schub.	3	99,00 B	do.	do.	104,60 G	do.	104,60 G	Sc. Hyp.-B. 5	217,50 B	Sc. Hyp.-B. 5
Berl. Stadt.-Oblig.	4	103,70 B	do.	do.	104,60 G	do.	104,60 G	Sc. Hyp.-B. 5	237,50 B	Sc. Hyp.-B. 5
do.	do.	4	101,50 B	do.	do.	104,60 G	do.	104,60 G	Sc. Hyp.-B. 5	257,